

# »Diese Art Deutsche«

## Die Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte präsentieren ein Dokument aus dem Ministerium für Staatssicherheit von 1988, das den Historikerstreit in der BRD analysiert. Es war eine Warnung vor der geschichtspolitischen Wende

Detlef Kannapin

Im Verlauf des Jahres 1986 spulten angesagte Gelehrte der alten BRD eine Debatte ab, die in die Geschichte als sogenannter Historikerstreit einging. Im Kern wurde die Auseinandersetzung darüber geführt, welche Stellung die Bundesrepublik Deutschland in der Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches einnehmen sollte und wollte und was sich für sie daraus in bezug auf die Nazierrschaft ergab. Auf der einen Seite standen dabei konservativ-reaktionäre Historiker (Michael Stürmer, Ernst Nolte, Klaus Hildebrand und Andreas Hillgruber), die die Zeit für einen erneuten Vorstoß zur Relativierung der Naziverbrechen gekommen sahen. Auf der anderen Seite reagierten auf diese Interventionen Historiker des liberal-pluralistischen Lagers (Eberhard Jäckel, Hans-Ulrich Wehler, Heinrich August Winkler und Martin Broszat), die dafür allerdings einen publizistischen Hinweis des Philosophen Jürgen Habermas benötigten, um als Ergebnis den Angriff im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten und auch nur von begrenzter Dauer abzuwehren. Initiator und Spiritus rector dieser Debatte war der Mitherausgeber der FAZ und Hitler-Biograph Joachim C. Fest, der maßgeblich daran beteiligt war, in den 1970er Jahren das Bild, das man sich von Albert Speer gemacht hatte, deutlich aufzuhübschen und die Dämonisierung Hitlers, besonders durch den Film »Hitler – eine Karriere« (1977), voranzutreiben. Er nämlich öffnete Stürmer und Nolte die Spalten seines Blattes.

Auf der phänotypischen Ebene entzündete sich der Streit an der kruden Behauptung Ernst Noltes, wonach die Vernichtung der europäischen Juden im von Deutschland verursachten Zweiten Weltkrieg eine Reaktion auf den »Klassenmord« der Bolschewiki in der Sowjetunion gewesen sei, was damals von der Gegenfraktion zu Recht als unwissenschaftlicher Unsinn zurückgewiesen wurde. Statt dessen beharrten Jäckel und Co. nach der ersten Wortmeldung von Habermas darauf, dass der Judenmord einzigartig war und damit das wesentliche Charakteristikum der Nazidiktatur darstellte. Weder gab es in diesem Disput einen historiographischen Mehrwert, denn es wurden keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse präsentiert, noch gelangten beide Gruppen zum eigentlichen Punkt der Einordnung des deutschen Faschismus als terroristischer Form bürgerlicher Herrschaft zur Aufrechterhaltung und Sicherung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Wie der Dramatiker Peter Hacks bereits im Jahre 1979 im Zusammenhang mit einer Diskussion in der Akademie der Künste der DDR zur US-amerikanischen Fernsehserie »Holocaust« (1978)<sup>1</sup> ausführte, sind unzulässige Ausdehnung und unzulässige Verkleinerung des Faschismusbegriffes Mittel der Irreführung. Bei ihm heißt es: »Eine Verkleinerung gar des deutschen Faschismus auf den Antisemitismus, wie ›Holocaust‹ sie vorgenommen hat, ist überhaupt die Einstellung der Arbeit an ihm und gegen ihn; (der Antisemitismus, als der von Brentano, Wagner und Chamberlain entworfene romantische Antikapitalismusersatz,<sup>2</sup> gehört in die Zirkulationssphäre des Faschismus, ist eine Weise, für ihn zu werben, und an ihm keineswegs notwendig).«<sup>3</sup>

### Eingetretene Pfade

Im jüngsten Heft der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ) erschien nun ein Aufsatz von Christina Morina zum Thema Historikerstreit und die DDR unter dem wenig mitteilungsfreudigen Titel »Zwischen Verdrängung und Vereinnahmung«.<sup>4</sup> Die Autorin bekleidet den Lehrstuhl für Allgemeine Geschichte der Universität Bielefeld mit Schwerpunkt Zeitgeschichte und ist eine der wenigen Ordinariatsprofessorinnen mit DDR-Sozialisation.

Allerdings war sie zum Zeitpunkt der sogenannten Wende 1989/90 noch nicht in dem Alter, in dem sie Erkenntnisse zur Zeitgeschichte aus dem Lehrplan des Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterrichts der höheren DDR-Klassen hätte miterwerben können. Einem breiteren Publikum bekannt wurde sie durch ihr Buch »Die Erfindung des Marxismus« (2017) sowie mit ihrem Einsatz für den Erhalt der Historischen Kommission der SPD im Jahre 2018. Ihre Marxismusinterpretation, von ihr selbst als neuartig apostrophiert, speist sich aus einem irrationalistischen Ansatz der individuellen Sozialisations- und Politisierungserfahrungen jeweiliger Protagonisten der marxistischen Bewegung im 19. Jahrhundert, ohne die theoretischen und praktischen Erfordernisse der Entstehung des Marxismus und vor allem seiner dauerhaften Bedeutung für die Überwindung der Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft angemessen zu berücksichtigen.<sup>5</sup>

Morina beschreitet in ihrer Abhandlung über die Rolle der DDR im westdeutschen Historikerstreit vom Faktenaufschlag bis zur Interpretation den herkömmlichen Pfad. Das reicht von bloßen Behauptungen wie Instrumentalisierung, Vereinnahmung, Verdrängung bis hin zur Unterstellung, die DDR habe in bezug auf den deutschen Faschismus ein selektives und ungenügendes Geschichtsbild vertreten. Erneut wird bei ihr z. B. die durch nichts zu belegende These aufgewärmt, dass es »im Westen« eine »deutlich früher und fundierter einsetzende Auseinandersetzung mit dem Holocaust« gegeben habe.<sup>6</sup> Man ist es ja inzwischen richtig leid, ständig auf die vielen substantiellen Beiträge der DDR zum Thema Faschismus in Wissenschaft und Öffentlichkeit hinzuweisen, wobei diese immer notwendiger werdende Verweisarbeit nach dreißig Jahren »deutsche Einheit« ja vor allem darauf hindeutet, dass das bürgerliche Bewusstsein bei Strafe eigener Delegation diese Leistungen der DDR-Historiographie einfach nicht zur Kenntnis nehmen will und darf. Unbewiesene Behauptungen und Unterstellungen bleiben hingegen falsch, auch wenn sie noch so oft wiederholt werden. Die dazu passende Konstruktion Morinas, aus der nichtteilnehmenden Beobachtung der DDR auf das innerwestdeutsche Phänomen des Historikerstreits eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte herauslesen zu wollen, ist trotz der aufflammenden Versuche vom Gerede über die Wiedervereinigung durch die BRD in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und die gleichzeitig schon fühlbare ideologische Vorkapitulation der DDR ebenfalls schwerlich zutreffend.

Das eigentliche Fundstück der Veröffentlichung ist der vollständige Abdruck einer Analyse aus dem Referat 5 der Abteilung I der Hauptverwaltung A des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS), das für die Aufklärung bestimmter westdeutscher Institutionen im Bereich Regierung, Bundesbehörden und politikberatenden Einrichtungen zuständig war. Ihr Verfasser, Jörg Villain (Jg. 1947), gehörte zu einer kleinen Gruppe ausgebildeter Historiker und Geisteswissenschaftler, die innerhalb des Ministeriums den wissenschaftlichen Hintergrund möglicher operativer Tätigkeiten verantworteten. Villain hatte 1985 in Jena über den »Nationalsozialen Verein« Friedrich Naumanns zwischen 1896 und 1903 promoviert und schon vorher publizistisch gearbeitet. Die Analyse zum Historikerstreit verfasste er ca. Ende 1988 als Leiter des Referates 5 im Range eines Majors.<sup>7</sup>

## Legitimationswissenschaft

Die Ausarbeitung von Villain trägt den Titel »Der Historikerstreit – Wissenschaft, Politik und Ideologie nach der »Wende« in der BRD« und umfasst in der Quelle 21 Blatt, die im Heft 2/2020 der VfZ die Seiten 276 bis 295 ausmachen.<sup>8</sup> Der Begriff »Wende« bezog sich hier auf den Regierungswechsel in der BRD im Herbst 1982, als Helmut Kohl (CDU) Helmut Schmidt (SPD) im Bundeskanzleramt ablöste und davon sprach, in der Gesellschaft eine »geistig-moralische Wende« einzuleiten.

Die Analyse folgt peinlich genau dem klassischen Aufbau einer Expertise mit Vorbemerkungen, inhaltlicher Wiedergabe der Hauptpositionen des Historikerstreits sowie historischen und politischen Schlussfolgerungen. Interessant ist, dass Anmerkungen zu operativen Maßnahmen und Einsatzempfehlungen fast vollständig fehlen und der Text damit eher den Stellenwert einer »geistigen Ermahnung« für die zuständigen Staatsorgane der DDR hatte. Nichtsdestotrotz bestand die Absicht einer solchen Zusammenfassung mit Sicherheit darin, den Stand der geschichtspolitischen Debatten in der BRD auszuloten und vor zu viel Vertrauen in die Möglichkeiten einer historisch-politischen Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten zu warnen.

Zunächst betont Villain die Grundlage der westdeutschen bürgerlichen Historiographie, wenn er schreibt: »Geschichtswissenschaft und historische Forschungen dienen hier eindeutig einer politischen Aufgabe, die sich gegen unsere Gesellschaft und gegen unseren Staat richtet. Aber auch übergreifend ist es die Funktion bürgerlicher Historiographie, die bestehende gesellschaftliche Ordnung der BRD zu legitimieren, die Bevölkerung mit solchem historischen Wissen, mit solchen Wertungen, Vorstellungen und Überzeugungen zu versorgen, dass sie die BRD als ihren Staat akzeptiert, die spätkapitalistische Wirtschaftsweise als die überlegene versteht und auch die Außenpolitik mitträgt.« (S. 277) Ein mehr als zutreffendes Urteil, das, bezeichnenderweise von denen, die es mit ihren Arbeiten bestätigten, nach 1989/90 gleichklingend, nur seitenverkehrt zur Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft benutzt wurde. Die Selbstreflexion hatte dabei ganz enge Grenzen, in jedem Fall konnte und kann ein Wissenschaftsziel niemals unabhängig von den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entwickelt werden.

Villain zieht daraufhin auch gleich eine Linie zur paradigmatischen »Sinnstiftung« der Geschichte bei Michael Stürmer und referiert die wesentlichen Positionen des Historikerstreits, um danach die eigentliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft in bezug auf das Herrschaftssystem der Nazis zu benennen: »... so kann ihr Auftrag nur sein, aus den Lehren der Geschichte heraus das Bewusstsein für die Verantwortung der beiden deutschen Staaten und ihrer Bevölkerung immer aufs neue zu schärfen«. (S. 282)

Hierbei sind für ihn, was der Historikerstreit in nuce offenbarte, die Gewinne und Verluste ziemlich ungleich verteilt. Selbst wenn, so Villain, der Totalitarismus in der BRD-Historiographie Mitte der 1980er Jahre seine Dominanz verloren hatte, so gibt es doch »kaum eine zeitgeschichtliche Sendung in den elektronischen Medien, in der er sich nicht ausdrückt«. (S. 284) Auch diese Einschätzung war damals zutreffend, und sie ist heute in extremer Form das Hauptproblem aller historischer Aufklärung. Durch den Wegfall einer staatlichen Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft sind die medialen Konstruktionen der Zeitgeschichte in ihrer großen Masse einförmig und manipulativ, weil sie sämtliche Zugänge zur produktiven Erinnerung und zur Antizipation vernunftgemäßer Gesellschaftsmodelle durch Suggestion und Ideologie verbauen.

Zentral in Villains Argumentation sind diese vier Kernpunkte zum Historikerstreit aus historischer Sicht (S. 284–286): »1. Wenn es überhaupt eine Beziehung zwischen Faschismus und Kommunismus gibt, dann, dass der Faschismus der radikalste, der brutalste und offenste Versuch des Monopolkapitals war, ein für allemal die revolutionäre Arbeiterbewegung vom Erdboden zu vertilgen. (...)« Man kann nicht behaupten, dass dieser Versuch im organisatorischen Sinne erfolglos war. Eine Diskussion über die Reaktionsfunktion des Faschismus auf die sozialistischen Herausforderungen wäre aber immer noch zu führen, denn damit könnte gesellschaftstheoretisch wie methodisch ein besserer Zugriff auf das Faschismusproblem getätigt werden, nicht zuletzt auch im Umkehrschluss, nämlich was es bedeutet, wenn faschistische Herrschaftsstrukturen auch ohne sozialistische Gegenbewegungen installiert werden.

»2. Die Welteroberungspläne des deutschen Imperialismus, die Verfolgung und Vernichtung anderer Nationalitäten und Völker entsprangen allein den Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie. (...)« Das ist evident. Die Betonung muss hier auf dem Wort »allein« liegen, auch wenn sicher nicht alle Kapitalfraktionen in gleichem Maße die gleichen Interessen hatten. Ideologische Faktoren kamen dazu, nicht jedoch als ausschlaggebende. Weder Klein- und Mittelständler, noch die Angestellten, erst recht nicht die Arbeiterklasse oder die Deklassierten, waren geistig und logistisch in der Lage, solche Pläne zu spinnen und sie vorzubereiten. Die Teilhabeproblematik ist eine andere.

»3. (...) Der Vernichtungsfeldzug gegen Juden, Polen, Weißrussen, Sinti und andere war ein besonders perfider Bestandteil faschistischer Unterdrückungs- und Unterwerfungspolitik nach innen und außen, er war Bestandteil des Klassenkampfes des deutschen Monopolkapitals.« Dabei geht es um die Einordnung. Die Erfassung der Dimension des Vernichtungsaspektes ist nicht ohne gesellschaftliche und damit klassenmäßige Fundierung

möglich, d. h. Eroberung und Vernichtung gehören zusammen. Ohne räuberische Aneignung fremder Gebiete nach kapitalistischen Prämissen keine Dezimierung der dort ansässigen Bevölkerungsgruppen. Rassenideologische Vorurteile helfen da, sind aber nicht die Ursache.

»4. Noch viel weniger als den ›Rassenmord‹ der Nazis gab es den ›Klassenmord‹ der Bolschewiki. Das ist schlicht erfunden, das ist nationalsozialistische Greuelpropaganda heute. (...)« Hier redet sich der Verfasser des Textes etwas heraus, liegt aber nicht komplett falsch. Tatsächlich gab es keinen »Klassenmord« der Bolschewiki. Weder die Entmachtung der herrschenden Kapitalisten- und Feudalklassen in der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 noch die Liquidation der Großbauern als Klasse in der Sowjetunion während der Kollektivierung 1928 bis 1932 intendierten eine physische Vernichtung oder Ausrottung. Die Terrorsituationen in den 1930er Jahren trafen die UdSSR und die kommunistischen Bewegungen zweifellos über alles Vertretbare hinaus sehr hart und sind nicht zu rechtfertigen. Sie gehören allerdings analytisch in einen formationstheoretischen Zusammenhang der Übergangsperiode, der vor allem bewiesen hat, dass eine dauerhafte Einkreisung eines allein gelassenen sozialistischen Staates jenem nur wenig progressiven Gestaltungsraum lässt.

Im direkten Anschluss an diese historischen Korrekturen kommt Villain zur politischen Funktion des Historikerstreits, diesmal in sechs Punkten (S. 286–294), von denen allerdings drei in einem mehr oder weniger abstrakten Rahmen nochmals »die ideologische Ausrichtung der BRD« im allgemeinen bestimmen und daher hier vernachlässigbar sind. Wesentlich ist aber dies: »2. Eine vorrangige Aufgabenstellung dieser Weißwäscher (der konservativen BRD-Historiker; D. K.) besteht in der ›Entschuldung‹ des deutschen Monopolkapitals für die massenhafte Tötung politisch Andersdenkender, den millionenfachen Mord an Juden und Angehörigen anderer Völker sowie die Verantwortung für den bisher folgenschwersten Krieg in der Menschheitsgeschichte mit dem Ziel, eine auf die ›historischen‹ Identitätsvorstellungen in dieser Klasse eingeschworene Bevölkerung erneut widerspruchslos für die eigenen politischen Ziele missbrauchen zu können.« Auch wenn der Kurzschluss in dieser Prägnanz Vermittlungsfunktionen und längere Zeiträume der Gewinnung für imperialistische Ziele etwas zu leicht übergeht, so ist doch kaum abzustreiten, dass diese in dem Papier benannte politische Haupttendenz offenkundig war und ist. Sowenig wie Hitler aus den Hinterzimmern der Münchener Bierkneipen ohne kapitalkräftige Förderer herausgekommen wäre, sowenig sind die Relativierungs- und Vertuschungsversuche historiographischer Provenienz unschuldig oder erfolgen ohne ein bestimmtes Motiv.

Aufschlussreich sind hierbei auch die von Villain vermerkten Punkte fünf und sechs, die zwar nur Nebenstränge der Debatten in der BRD berühren, aber in ihrer Konsequenz auf die entscheidende Blickrichtung der bundesdeutschen Außenpolitik hinweisen. Zunächst wird festgestellt, dass mit dem Köln/Bonner Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz der führende Adenauer-Biograph und politische Berater der Unionsfraktionen im Deutschen Bundestag in der Mitte der 1980er Jahre erheblichen Einfluss auf die akademische und institutionelle Meinungsbildung, u. a. als Mitglied der Arbeitsgruppe »Offene deutsche Frage«, ausübte und er praktisch als flankierender Wissenschaftler für die Zeit nach 1945 die revanchistischen Ansprüche von Fest, Stürmer, Nolte etc. mitbegründete. Villain zitiert Schwarz aus dessen Buch »Die gezähmten Deutschen« von 1985 mit der Formulierung, wonach der »Feind« (Sozialismus, UdSSR, DDR), »der sich in Sachsen, Thüringen, in Mecklenburg und in der Mark Brandenburg breit macht, wo er nichts verloren hat und 18 Millionen Deutsche unterdrückt«, durch »verantwortliche Machtpolitik« bekämpft werden muss. Nur das konnte der Sinn einer Relativierung der Naziverbrechen sein, und er steht hier im richtigen analytischen Zusammenhang. Villain resümiert an dieser Stelle: »Wir sind gut beraten, wenn wir diese markigen Sprüche eines der bekanntesten und einflussreichsten Politologen für die Bewertung praktischer Politik der Bundesregierung verinnerlichen.« Denn: Bei aller Anpassung an die internationalen Kräfteverhältnisse war das Hauptziel der Bundesrepublik Deutschland nie aufgegeben worden – die Heimholung der Ostgebiete. Und eine »Verinnerlichung« dieser Zielsetzung durch die verantwortlichen Instanzen der DDR hat offensichtlich nicht mehr stattgefunden.

Im abschließenden sechsten Punkt fasst Villain zusammen, dass der Verlauf der Auseinandersetzungen im Historikerstreit auch die Möglichkeitsgrenzen zur Revision des Geschichtsbildes deutlich macht. Das Schriftstück bleibt indes vorsichtig: »Aber es ist auch künftig davon auszugehen, dass die Kräfte, die den Historikerstreit provozierten, ihre ideologischen Positionen und ihre politischen Ziele nicht aufgegeben haben.« Eine leider zutreffende Annahme. Nur wenige Jahre später schon fehlte die staatliche Organisationskraft für die Behauptung eines alternativen Zugangs zur deutschen Geschichte samt der Alternativen in ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht. Das Geschichtsbild wurde merklich verschoben und ist trotz einer exorbitant angeschwollenen Quellensättigung und ihrer empirischen Beweislast theoretisch und methodisch zum Niveau der 1950er Jahre mit dem Gleichsetzungswahn von Faschismus und Kommunismus zurückgekehrt.

## Ein Menetekel

Dieser Rückfall in eine historiographische Steinzeit, der sowohl die professionelle Forschung als auch und mehr noch die populärkulturelle Vermittlung von Geschichte seit Jahrzehnten anheimgefallen sind, wäre ohne die gnadenlose Abwicklung der DDR-Institutionen und ihres wissenschaftlichen Personals nicht möglich gewesen. Daran beteiligten sich nun bevorzugt gerade jene BRD-Historiker (an vorderster Stelle z. B. Heinrich August Winkler), die im Streit um die Rolle ihres Landes in der deutschen Geschichte noch die liberaleren Standpunkte verfochten hatten. Nichts kam der politischen Zurichtung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft näher als eine Äußerung Eberhard Jäckels gegenüber dem DDR-Faschismusforscher Kurt Pätzold, der sich übrigens mehrfach in die Diskussionen des Historikerstreits eingeschaltet hatte.<sup>9</sup> Am Rande eines seiner letzten an der Berliner Humboldt-Universität gehaltenen Seminare zur Judenvernichtung im Zweiten Weltkrieg erwähnte Pätzold 1992 den Satz Jäckels: »Ich bin Sozialdemokrat, und Sie (Pätzold; D. K.) sind Kommunist.« Damit war für das neue Deutschland alles gesagt.

Man kann Christina Morina für den vollständigen Abdruck der Analyse von Villain nur danken. Denn dadurch hat sie, der ideologischen Grundtendenz ihres Aufsatzes entsprechend unbewusst, dafür gesorgt, dass diese klare Einschätzung des Historikerstreits der BRD ungefiltert zur Kenntnis genommen werden kann. Von Verdrängung, Vereinnahmung und einem imaginären Dazwischen ist darin wie auch in den öffentlichen Stellungnahmen aus der DDR zur Geschichte des deutschen Faschismus nichts zu spüren. Sicherlich ist es möglich, im Rahmen eines kritischen Geschichtsdiskurses auch dieses durchaus ungewöhnliche Geheimdienstokument anders zu interpretieren – nicht jedoch dahingehend, dass in ihm Wahrheiten ausgesprochen sind, die heute trotz ihrer Richtigkeit vergessen, verleugnet oder verketzert werden. Es bleibt am Ende immer noch die zeitgeschichtlich höchst bedeutsame Frage im Raum, warum die Partei- und Staatsführung der DDR in ihrem letzten Jahrzehnt die Hinweise und Ratschläge der Sicherheitsorgane so dezidiert in den Wind geschlagen hat. Denn Villains Schlusssatz hätte als Menetekel gelten müssen: »Dazu ist am Ende dieses Vortrages nur festzustellen, dass es unsere ureigenste Aufgabe bleibt, dass diese Art Deutsche auch künftighin gezähmt bleiben.«

## Anmerkungen

1 »Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss«, vierteilige US-Fernsehserie von 1978, Regie: Marvin J. Chomsky, lief im Januar 1979 im westdeutschen Fernsehen und löste eine Kontroverse über die Darstellbarkeit der Judenvernichtung aus. Die Debatte war gekennzeichnet von der völligen Absehung aller bis dahin geleisteten Film- und Fernseharbeit zur Nazigeschichte und trug selbst Züge eines kulturindustriellen Autismus, was auf lange Sicht das von Hacks befürchtete Ergebnis der »Verkleinerung« wesentlich beförderte.

2 Es handelt sich um den Dichter Clemens von Brentano (1778–1842), den Komponisten Richard Wagner (1813–1883) und den Schriftsteller Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), die allesamt einen manifesten Weltanschauungsantisemitismus vertraten.

3 Brief von Peter Hacks an Konrad Wolf, 23.4.1979. Nachlass Peter Hacks

4 Vgl. Christina Morina: Zwischen Verdrängung und Vereinnahmung. Der Historikerstreit und die DDR, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 2/2020, S. 249–295

5 Vgl. Christina Morina: Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte, München 2017

6 Vgl. Morina: Zwischen Verdrängung und Vereinnahmung..., a. a. O., S. 257

7 Ebenda, S. 270/271

8 Vgl. Dokument: Jörg Villain: Der Historikerstreit – Wissenschaft, Politik und Ideologie nach der »Wende« in der BRD, undatiert (ca. Ende 1988). BStU, MfS, HVA/1360, Blatt 3–24, in: Morina: Zwischen Verdrängung und Vereinnahmung..., a. a. O., S. 276–295. Alle Seitenangaben aus dem Dokument im Text nach Morina.

9 Vgl. Morina: Zwischen Verdrängung und Vereinnahmung..., a. a. O., S. 261/262, besonders Fn. 42 und 44

Detlef Kannapin schrieb an dieser Stelle zuletzt am 16. März über Wolfgang Harichs Kampf gegen eine Rehabilitierung Friedrich Nietzsches in der DDR.

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/379095.die-beobachtung-einer-debatte-diese-art-deutsche.html>